

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Dr. Axel Troost, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/10730 –**

Ausmaß der finanziellen Zusatzlasten durch die Wiedervereinigung Deutschlands

Vorbemerkung der Fragesteller

Mit der Wiedervereinigung sind für die Bundesrepublik Deutschland neue Herausforderungen entstanden. Vorrangiges Ziel war und ist es, Benachteiligungen im ehemaligen Ostteil der Republik auszugleichen. Neben gesellschaftspolitischen Herausforderungen führt diese Aufgabe auch zu neuen finanziellen Lasten. Zur Deckung dieser einheitsbedingten Lasten wurde eine Ergänzungsabgabe (Solidaritätszuschlag) auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer eingeführt. Dieser ist nicht zweckgebunden, sondern fließt in den allgemeinen Bundeshaushalt ein. Gleichzeitig sieht das Finanzausgleichsgesetz vor, dass aus dem allgemeinen Bundeshaushalt an finanzschwache Bundesländer Bundesergänzungszuweisungen gezahlt werden. Zur Deckung von teilungsbedingten Sonderlasten erhalten die neuen Bundesländer darüber hinaus Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen. Diese nehmen von Jahr zu Jahr ab und laufen zum Jahr 2020 aus.

1. Hat die Bundesregierung Pläne, die Erhebung des Solidaritätszuschlages zeitlich zu befristen, bzw. wann wird die Bundesregierung entscheiden, ob die Erhebung des Solidaritätszuschlages weiterhin notwendig ist (bitte mit Begründung)?
2. An welchen finanziellen und wirtschaftlichen Kriterien sollte nach Ansicht der Bundesregierung geprüft werden, inwieweit die Erhebung des Solidaritätszuschlages weiterhin notwendig ist (bitte mit Begründung)?
3. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, ob die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag die vom Bund gewährten Ergänzungszuweisungen an die neuen Bundesländer per Saldo übersteigen (falls ja, bitte mit Angabe der Erkenntnisse differenziert nach einzelnen Jahren sowie nach Bundesergänzungszuweisungen gemäß § 11 Absätze 2, 3, 3a und 4 des Finanzausgleichsgesetzes)?
4. Stimmt die Bundesregierung damit überein, dass im Falle eines positiven Saldos aus Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag und Ausgaben auf-

grund der vom Bund gewährten Ergänzungszuweisungen an die neuen Bundesländer eine Senkung des Solidaritätszuschlages sinnvoll ist (bitte mit Begründung)?

Der Solidaritätszuschlag ist eine Ergänzungsabgabe im Sinne des Artikels 106 Absatz 1 Nummer 6 des Grundgesetzes und wird als Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer und deren Erhebungsformen erhoben. Er dient der wirtschafts- und finanzpolitischen Anpassung an die veränderten Bedingungen und Aufgaben nach der Wiedervereinigung und damit auch der Finanzierung der Deutschen Einheit. Eine Zurechnung der Einnahmen zu bestimmten Haushaltspositionen ist nicht möglich, da das Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag nach dem Grundsatz der Gesamtdeckung der Finanzierung aller Bundesaufgaben zur Verfügung steht. Zur Finanzierung des Gesamtvolumens der seitens des Bundes in vorher nicht gekannten Dimensionen unternommenen Aufbauanstrengungen hat der Solidaritätszuschlag jedoch zu keinem Zeitpunkt ausgereicht. Diese Belastungen beschränken sich nicht nur auf die in der Fragestellung angesprochenen Bundesergänzungszuweisungen an die neuen Bundesländer, die damit allein kein Maßstab für den Bestand des Solidaritätszuschlages sein können. Im geltenden Finanzplan sind die Einnahmen des Bundes aus dem Solidaritätszuschlag mit durchschnittlich jährlich rund 12 Mrd. Euro eingeplant. Das sind rund 5 Prozent der im Finanzplan 2012 bis 2016 durchschnittlich veranschlagten Steuereinnahmen des Bundes. Die Finanzlage des Bundes ist weiterhin – auch aufgrund der immer noch bestehenden Vereinigungslasten – angespannt, so dass auf die Finanzmittel aus dem Solidaritätszuschlag nicht verzichtet werden kann. Zudem hat der Bundesfinanzhof gerade unter dem Gesichtspunkt der weiterhin fortbestehenden Einigungslasten die Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlages bestätigt (Urteile vom 21. Juli 2011, II R 50/09 – BFH/NV 2011, S. 1685 bis 1691 und II R 52/10 – BStBl 2012 II S. 43). Eine Befristung oder Senkung der Ergänzungsabgabe durch die Bundesregierung ist in dieser Legislaturperiode daher nicht vorgesehen.

5. Welches Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag wurde seit 1991 bis zur aktuellen Berichterstattung erzielt (bitte differenzieren nach Körperschaftsteuer, Einkommensteuer, Lohnsteuer, nicht veranlagter Steuer vom Ertrag, Zinsabschlagsteuer/Abgeltungsteuer, mit kumulierten Ausweis, absolut und in Prozent des jeweiligen Steueraufkommens, als Gesamtsumme differenzieren nach Bundesländern, gemäß Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zu Frage 41 auf Bundestagsdrucksache 17/8054 (neu))?

Das kassenmäßige Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag beläuft sich in den Jahren 1991 bis 2011 auf insgesamt rd. 212 Mrd. Euro. Dies entspricht im Durchschnitt dieses Zeitraums rd. 5,7 Prozent des Kassenaufkommens der Steuern, auf die Solidaritätszuschlag erhoben wird (veranlagte Einkommensteuer, Lohnsteuer, Körperschaftsteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag und Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge). Da das Kassenaufkommen nicht der Bemessungsgrundlage des Solidaritätszuschlages entspricht, weichen die rechnerisch ermittelten Anteile des Solidaritätszuschlages am Kassenaufkommen in vielen Fällen vom nominalen Zuschlagsatz ab. So wird z. B. bei der veranlagten Einkommensteuer das Kassenaufkommen durch die Eigenheimzulage und die Investitionszulage gemindert. Diese Abzugsbeträge sind jedoch für die Ermittlung der Bemessungsgrundlage des Solidaritätszuschlages zur Einkommensteuer unbeachtlich. Die detaillierten Zahlen sind den Tabellen 1 und 2 des Anhangs zu entnehmen.

6. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, dass hinsichtlich der Dauer bei der Erhebung des Solidaritätszuschlages und der Gewährung von Bundesergänzungszuweisungen gemäß § 11 Absatz 3 des Finanzausgleichsgesetzes eine zeitliche Kongruenz besteht, so dass die Erhebung des Solidaritätszuschlages ab 2020 nicht mehr notwendig wäre (bitte mit Begründung)?

Auf die Antwort zu den Fragen 1 bis 4 wird hingewiesen.

7. Welche Mechanismen existieren seit 1990 zum Ausgleich von teilungsbedingten Sonderlasten der Bundesländer, die aus dem Bundeshaushalt gewährt werden (bitte nach Jahren differenzieren)?

Besondere Mechanismen zur Finanzierung teilungsbedingter Sonderlasten aus dem Bundeshaushalt stellen die Bundeszuschüsse an den Fonds „Deutsche Einheit“ (ohne Schuldendienstleistungen) in den Jahren 1990 bis 1994, die Finanzhilfen des Bundes im Rahmen des Investitionsförderungsgesetzes „Aufbau Ost“ in den Jahren 1995 bis 2001 sowie die Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen nach § 11 Absatz 4 des Finanzausgleichsgesetzes in den Jahren 1995 bis 2004 bzw. § 11 Absatz 3 des Finanzausgleichsgesetzes in den Jahren seit 2005 dar. Darüber hinaus hat der Bund seit 1990 jährlich erhebliche Mittel aus dem Bundeshaushalt durch im Vergleich zu den westdeutschen Ländern überproportionale Leistungen für die ostdeutschen Länder aufgebracht.

8. Von welchen Institutionen wird der Länderfinanzausgleich, insbesondere die Berechnung, durchgeführt, und inwieweit ist diesbezüglich der Bund beteiligt (bitte mit Begründung)?

Die Durchführung des Länderfinanzausgleichs erfolgt für jedes Ausgleichsjahr auf der Grundlage von zwei Verordnungen des Bundesministeriums der Finanzen; sie bedürfen der Zustimmung des Bundesrates. Die Berechnungen hierzu werden im Bundesministerium der Finanzen durchgeführt.

9. Wie haben sich Ausgleichsmesszahl und Finanzkraftmesszahl seit 1990 für die jeweiligen Bundesländer entwickelt (bitte mit Darstellung der konkreten in die Berechnung eingegangenen Parameter)?

Die Ausgleichsmesszahlen können Tabelle 3, die Finanzkraftmesszahlen Tabelle 4 des Anhangs entnommen werden. Die Vorgaben zur Berechnung der Messzahlen sind im Finanzausgleichsgesetz festgelegt.

Es ist anzumerken, dass es im dargestellten Zeitraum zu massiven Rechtsänderungen gekommen ist, die die zeitliche Vergleichbarkeit der Angaben teilweise stark beeinträchtigen. Der Finanzausgleich bis 1990 wurde lediglich für die westdeutschen Länder durchgeführt. In den Jahren 1991 bis 1994 bestanden für westdeutsche und ostdeutsche Länder getrennte Ausgleichssysteme. Berlin nimmt erst seit Einführung des gesamtdeutschen Ausgleichs im Jahr 1995 am Finanzausgleich teil.

10. Wie haben sich die Ausgleichszuweisungen der ausgleichsberechtigten Länder seit 1990 entwickelt (bitte nach Bundesländern differenzieren)?

Die Ausgleichszuweisungen können Tabelle 5 des Anhangs entnommen werden. Auf die Anmerkung zur Vergleichbarkeit der Angaben in der Antwort zu Frage 9 wird verwiesen.

11. Wie haben sich die Ausgleichsbeiträge der ausgleichspflichtigen Länder seit 1990 entwickelt (bitte nach Bundesländern differenzieren)?

Die Ausgleichsbeiträge können Tabelle 6 des Anhangs entnommen werden. Auf die Anmerkung zur Vergleichbarkeit der Angaben in der Antwort zu Frage 9 wird verwiesen.

12. Wie haben sich die Nettozahler und Nettoempfänger seit 1990 bezüglich des Länderfinanzausgleichs entwickelt (bitte nach Jahren und Bundesländern differenzieren)?

Das Finanzausgleichsgesetz kennt die Begriffe Nettozahler und Nettoempfänger nicht. Soweit mit der Fragestellung auf die Ausgleichsbeträge zahlenden Länder bzw. Ausgleichszuweisungen erhaltenden Länder abgestellt wird, wird auf die Antworten zu den Fragen 10 und 11 verwiesen.

13. Stimmt die Bundesregierung damit überein, dass das gegenwärtige System des Länderfinanzausgleichs falsche Anreize setzt, indem es für Länder, die Nettozahler sind, keinen Anreiz bietet, ein Steuermehraufkommen zu generieren, da dieses größtenteils durch Ausgleichszahlungen an andere Bundesländer abgeführt wird (bitte mit Begründung)?

Die Diskussionen über Anreizwirkungen im bundesstaatlichen Finanzausgleich gibt es seit dessen Einführung. Sie liegt begründet in dem Konflikt zwischen der Ausgleichsfunktion des Finanzausgleichs und seinen Anreizwirkungen. Die Abwägung hierüber ist für das seit 2005 geltende Ausgleichssystem einvernehmlich vom Bund und allen Länder getroffen worden.

14. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit einer Reform des Länderfinanzausgleichs, auch vor dem Hintergrund der nun vorgenommenen Klagen einiger Bundesländer vor dem Bundesverfassungsgericht (bitte mit Begründung)?

Die Regelungen des gültigen Finanzausgleichssystems sind 2005 in Kraft getreten und bis Ende 2019 befristet. Die politischen Verhandlungen um eine Neuregelung für die Zeit ab 2020 werden voraussichtlich ein Schwerpunkt für die kommende Legislaturperiode werden.

15. Welche einzelnen Bundesländer galten seit 1990 als leistungsschwach nach § 11 Absatz 1 des Finanzausgleichsgesetzes (bitte nach Jahren differenzieren)?

Die nach § 11 Absatz 1 des Finanzausgleichsgesetzes leistungsschwachen Länder können Tabelle 7 des Anhangs entnommen werden. Auf die Anmerkung zur Vergleichbarkeit der Angaben in der Antwort zu Frage 9 wird verwiesen.

16. Welche Bundesergänzungszuweisungen wurden seit 1990 an leistungsschwache Länder nach § 11 Absatz 2 des Finanzausgleichsgesetzes gezahlt (bitte nach Jahren und Bundesländern differenzieren)?

Die nach § 11 Absatz 2 des Finanzausgleichsgesetzes leistungsschwachen Länder können Tabelle 8 des Anhangs entnommen werden. Auf die Anmerkung zur Vergleichbarkeit der Angaben in der Antwort zu Frage 9 wird verwiesen.

17. Auf welchen Berechnungsgrundlagen beruhen die Absolut- und Prozentzahlen des § 11 Absatz 3 des Finanzausgleichsgesetzes (bitte mit Begründung)?

Die Festlegung der Höhe der Bundesergänzungszuweisungen nach § 11 Absatz 3 des Finanzausgleichsgesetzes beruht maßgeblich auf den im Vorfeld der Gesetzgebung aus Gutachten hergeleiteten Größenordnungen zur im Jahr 2005 noch bestehenden teilungsbedingten Infrastrukturlücke zwischen West- und Ostdeutschland. Mit der degressiven Ausgestaltung wird einerseits der Vorgabe von § 12 Absatz 3 des Maßstäbengesetzes Rechnung getragen. Andererseits erleichtern die Anknüpfung an das Leistungsniveau der damals bestehenden gesetzlichen Regelung und das Abschmelzen der Leistungen im Zeitablauf den ostdeutschen Ländern die notwendigen Anpassungen in ihren Haushalten. Die Prozentzahlen in § 11 Absatz 3 des Finanzausgleichsgesetzes regeln die horizontale Verteilung der Bundesergänzungszuweisungen und basieren im Wesentlichen auf historischen Einwohnerzahlen zur Zeit der Wiedervereinigung.

18. Auf welchen Berechnungsgrundlagen beruhen die Absolut- und Prozentzahlen des § 11 Absatz 3a des Finanzausgleichsgesetzes (bitte mit Begründung)?

Die Berechnungsgrundlagen für die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zum Ausgleich der Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige nach § 11 Absatz 3a des Finanzausgleichsgesetzes sind die Entwicklung der Leistungen für Unterkunft und Heizung, die Entwicklung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften sowie der Bevölkerungsstand (vgl. hierzu die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 17/6686). Prozentzahlen sind in § 11 Absatz 3a des Finanzausgleichsgesetzes nicht angegeben.

19. Auf welchen Berechnungsgrundlagen beruhen die Absolut- und Prozentzahlen des § 11 Absatz 4 des Finanzausgleichsgesetzes (bitte mit Begründung)?

Bund und Länder haben sich für das ab 2005 geltende Ausgleichssystem auf ein Konzept verständigt, mit dem die Höhe der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen wegen überdurchschnittlicher Kosten politischer Führung bestimmt werden kann. Dieses ist auch den im Gesetz vorgegebenen Überprüfungen zugrunde gelegt worden. Prozentzahlen sind in § 11 Absatz 4 Finanzausgleichsgesetz nicht angegeben.

20. Aus welchen Gründen entstehen überdurchschnittlich hohe Kosten politischer Führung in den in § 11 Absatz 4 des Finanzausgleichsgesetzes genannten Bundesländern, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung diesbezüglich unternommen bzw. angestoßen, um diese Sonderlasten zu mindern (bitte mit Begründung)?

Überdurchschnittlich hohe Kosten politischer Führung fallen in den Ländern an, die eine vergleichsweise geringe Bevölkerungszahl aufweisen. In diesen Ländern sind die Ausgaben je Einwohner für politische Führung (u. a. Parlament, Verwaltung) aufgrund von Fixkosten überproportional hoch und rechtfertigen nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Gewäh-

zung von Bundesergänzungszuweisungen an leistungsschwache Länder. Eine Verringerung der Kosten wäre durch Länderzusammenschlüsse zu erreichen. Eine Diskussion über die Vereinfachung der grundgesetzlichen Voraussetzungen für die Neugliederung der Länder und zur Frage der finanziellen Rahmenbedingungen für Zusammenschlüsse von Ländern hatte in der Föderalismuskommission II stattgefunden.

21. Sieht die Bundesregierung nach derzeitigem Stand die Notwendigkeit, die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen gemäß § 11 Absatz 3 des Finanzausgleichsgesetzes über das Jahr 2019 hinaus fortzusetzen (bitte mit Begründung)?

Politische Grundlage für die Gewährung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen nach § 11 Absatz 3 des Finanzausgleichsgesetzes sind die Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Entwurf des Maßstäbengesetzes aus dem Jahr 2001, die in gleich lautenden Entschließungen von Bundestag und Bundesrat festgehalten sind (Bundestagsdrucksache 14/6577). Die Bundesregierung stellt diese Vereinbarungen und damit auch das dort festgeschriebene Auslaufen der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen nach § 11 Absatz 3 des Finanzausgleichsgesetzes Ende 2019 nicht infrage.

22. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung aus den Fortschrittsberichten „Aufbau Ost“ über die Schließung der Infrastrukturlücke (bitte mit Begründung)?

Die ostdeutschen Länder haben in den Jahren 2005 bis 2010 jährlich überproportionale Investitionsausgaben zwischen 4,4 Mrd. Euro und 6,6 Mrd. Euro im Vergleich zu westdeutschen Referenzländern getätigt. Überproportionale Investitionsausgaben vermindern den infrastrukturellen Nachholbedarf und tragen zur Verringerung der Infrastrukturlücke bei.

Anhang

Tabelle 1 – A)	Steueraufkommen insgesamt (in Mio. Euro)
Tabelle 1 – B)	Solidaritätszuschlag auf ... (in Mio. Euro)
Tabelle 1 – C)	Anteil des Solidaritätszuschlags am jeweiligen Steueraufkommen insgesamt (in Prozent)
Tabelle 2	Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag insgesamt nach Ländern (in Mio. Euro)
Tabelle 3	Finanzkraftmesszahl (in Mio. Euro)
Tabelle 4	Ausgleichsmesszahl (in Mio. Euro)
Tabelle 5	Ausgleichszuweisungen (in Mio. Euro)
Tabelle 6	Ausgleichsbeiträge (in Mio. Euro)
Tabelle 7	Leistungsschwache Länder
Tabelle 8	Bundesergänzungszuweisungen nach § 11 Absatz 2 FAG (in Mio. Euro)

Tabelle 1

A) Steueraufkommen insgesamt (in Mio. Euro)

	Körperschaftsteuer	Einkommensteuer	Lohnsteuer	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Zinsabschlag bzw. Abgeltungsteuer**)	Insgesamt
1991	16.216	21.235	109.506	5.819	-	152.776
1992	15.944	21.235	126.454	5.764	-	169.396
1993	14.229	16.992	131.907	6.127	5.496	174.752
1994	10.005	13.043	136.271	9.074	7.009	175.401
1995	9.273	7.157	144.542	8.648	6.548	176.168
1996	15.062	5.939	128.476	6.823	6.192	162.492
1997	17.009	2.947	127.144	7.513	5.828	160.440
1998	18.509	5.684	132.054	11.631	6.080	173.958
1999	22.359	10.887	133.809	11.308	6.045	184.408
2000	23.575	12.225	135.733	13.515	7.334	192.382
2001	-426	8.771	132.626	20.885	8.961	170.817
2002	2.864	7.541	132.190	14.024	8.478	165.096
2003	8.275	4.568	133.090	9.001	7.632	162.567
2004	13.123	5.394	123.895	9.919	6.773	159.104
2005	16.333	9.765	118.919	9.952	6.990	161.960
2006	22.898	17.566	122.612	11.904	7.633	182.614
2007	22.929	25.027	131.773	13.791	11.178	204.698
2008	15.868	32.685	141.895	16.575	13.459	220.483
2009	7.173	26.430	135.165	12.474	12.442	193.684
2010	12.041	31.179	127.904	12.982	8.709	192.816
2011	15.634	31.996	139.749	18.136	8.020	213.534
1991 bis 2011	298.894	318.264	2.745.715	235.865	150.807	3.749.546

*) Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Tabelle 1

B) Solidaritätszuschlag auf ... (in Mio. Euro)

	Körperschaftsteuer	Einkommensteuer	Lohnsteuer	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Zinsabschlag bzw. Abgeltungsteuer ^{*)}	Insgesamt
1991	685	908	3.671	99	-	5.362
1992	719	636	5.069	236	-	6.661
1993	80	13	-17	-6	-	69
1994	288	509	9	2	-	808
1995	1.245	1.889	9.551	378	368	13.430
1996	1.383	645	10.354	483	475	13.340
1997	1.510	370	10.360	539	458	13.238
1998	1.317	115	8.066	642	371	10.511
1999	1.427	827	8.089	593	336	11.271
2000	1.413	1.027	8.294	702	405	11.841
2001	524	794	8.137	1.116	497	11.069
2002	433	693	8.074	739	465	10.403
2003	648	653	8.087	474	418	10.280
2004	891	673	7.667	501	376	10.108
2005	1.049	935	7.455	481	396	10.315
2006	1.292	1.281	7.676	606	421	11.277
2007	1.310	1.565	8.161	694	619	12.349
2008	1.009	1.871	8.699	838	728	13.146
2009	548	1.463	8.603	643	670	11.927
2010	823	1.529	8.226	661	475	11.713
2011	998	1.645	8.752	956	429	12.781
1991 bis 2011	19.593	20.038	152.983	11.378	7.907	211.899

*) Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Tabelle 1

C) Anteil des Solidaritätszuschlags am jeweiligen Steueraufkommen insgesamt (in Prozent)

	Körperschaftsteuer	Einkommensteuer	Lohnsteuer	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Zinsabschlag bzw. Abgeltungsteuer*)	Insgesamt
1991	4,2	4,3	3,4	1,7	-	3,5
1992	4,5	3,0	4,0	4,1	-	3,9
1993	0,6	0,1	0,0	-0,1	-	0,0
1994	2,9	3,9	0,0	0,0	-	0,5
1995	13,4	26,4	6,6	4,4	5,6	7,6
1996	9,2	10,9	8,1	7,1	7,7	8,2
1997	8,9	12,6	8,1	7,2	7,9	8,3
1998	7,1	2,0	6,1	5,5	6,1	6,0
1999	6,4	7,6	6,0	5,2	5,6	6,1
2000	6,0	8,4	6,1	5,2	5,5	6,2
2001	**	9,1	6,1	5,3	5,5	6,5
2002	15,1	9,2	6,1	5,3	5,5	6,3
2003	7,8	14,3	6,1	5,3	5,5	6,3
2004	6,8	12,5	6,2	5,1	5,6	6,4
2005	6,4	9,6	6,3	4,8	5,7	6,4
2006	5,6	7,3	6,3	5,1	5,5	6,2
2007	5,7	6,3	6,2	5,0	5,5	6,0
2008	6,4	5,7	6,1	5,1	5,4	6,0
2009	7,6	5,5	6,4	5,2	5,4	6,2
2010	6,8	4,9	6,4	5,1	5,5	6,1
2011	6,4	5,1	6,3	5,3	5,3	6,0
1991 bis 2011	6,6	6,3	5,6	4,8	5,2	5,7

*) Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Tabelle 2

Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag insgesamt nach Ländern (in Mio. Euro)

	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Insgesamt
1991	1.446	928	889	472	545	46	221	25	162	16	22	19	60	183	264	64	5.362
1992	1.691	1.070	1.066	537	731	109	271	69	184	60	60	42	70	295	316	89	6.661
1993	-11	11	6	14	-1	1	10	-0	5	-1	0	-2	0	28	6	2	69
1994	165	135	116	65	93	20	30	11	26	10	12	7	8	67	34	9	808
1995	3.302	2.199	1.995	1.107	1.476	310	534	180	401	157	177	122	147	582	588	152	13.430
1996	3.315	2.226	1.995	1.082	1.499	270	524	161	392	130	157	108	141	576	613	149	13.340
1997	3.342	2.244	1.987	1.057	1.471	252	532	141	388	122	144	100	140	539	625	153	13.238
1998	2.615	1.755	1.759	834	1.200	173	406	95	301	83	100	68	102	408	504	109	10.511
1999	2.890	1.939	1.802	897	1.284	193	435	105	311	97	114	75	105	387	520	118	11.271
2000	2.890	2.117	1.860	922	1.448	201	446	108	306	107	123	84	115	436	563	115	11.841
2001	2.602	1.976	1.833	842	1.386	190	416	98	299	94	114	70	115	395	531	108	11.069
2002	2.446	1.855	1.699	811	1.243	183	397	98	292	97	111	67	111	372	512	110	10.403
2003	2.342	1.823	1.700	807	1.225	199	398	97	282	99	112	71	108	366	548	104	10.280
2004	2.360	1.862	1.667	736	1.210	196	386	102	258	100	110	67	102	361	494	99	10.108
2005	2.454	1.889	1.698	731	1.206	203	404	94	265	105	115	68	103	367	516	98	10.315
2006	2.594	2.034	1.843	834	1.395	221	450	109	297	109	130	73	109	411	563	107	11.277
2007	2.815	2.265	2.043	913	1.589	242	472	121	318	125	139	79	119	430	564	116	12.349
2008	2.959	2.490	2.156	984	1.569	272	522	144	339	137	159	89	128	462	610	126	13.146
2009	2.731	2.305	1.854	878	1.402	252	481	131	322	129	162	86	119	430	525	117	11.927
2010	2.643	2.266	1.844	886	1.315	254	481	133	332	125	161	88	109	451	512	113	11.713
2011	2.906	2.527	2.046	949	1.352	273	530	147	367	141	176	95	121	469	563	119	12.781
1991 - 2011	50.497	37.917	33.857	16.357	24.638	4.061	8.349	2.167	5.850	2.043	2.396	1.474	2.132	8.015	9.971	2.176	211.899

Tabelle 3

Finanzkraftmesszahl (in Mio. Euro)

	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Insgesamt
1990	32.554	20.895	19.833	11.886	11.627		6.322		4.258				1.689		4.065	1.231	114.359
1991	34.796	22.773	21.347	12.978	12.441	3.019	6.764	1.735	4.596	1.545	1.586	1.157	1.814		4.472	1.370	132.392
1992	37.839	24.537	22.744	14.440	13.885	3.822	7.385	2.307	5.114	2.149	2.153	1.580	1.947		4.771	1.543	146.217
1993	38.343	25.845	23.059	15.046	14.444	4.604	7.566	2.735	5.498	2.399	2.535	1.787	2.000		4.727	1.510	152.098
1994	38.577	26.680	22.889	15.332	14.405	5.495	7.757	3.128	5.726	2.788	2.999	2.071	2.007		4.800	1.551	156.203
1995	40.110	26.808	23.527	15.550	14.032	8.149	7.948	4.862	5.786	4.434	4.562	3.217	2.055	7.001	4.884	1.507	174.433
1996	40.522	27.500	23.740	15.716	14.890	8.124	8.091	4.830	5.727	4.412	4.554	3.200	2.054	7.049	5.164	1.491	177.066
1997	40.317	27.577	23.627	15.499	14.775	8.034	7.990	4.785	5.774	4.349	4.569	3.167	2.050	6.866	4.987	1.608	175.974
1998	42.402	28.820	25.503	16.245	15.640	8.403	8.267	4.998	6.079	4.555	4.844	3.311	2.140	7.024	5.455	1.393	185.079
1999	44.194	30.596	26.856	16.854	17.232	8.728	8.812	5.173	6.162	4.772	5.092	3.470	2.210	7.219	5.764	1.608	194.742
2000	45.041	31.840	27.864	17.306	18.034	8.840	8.695	5.213	6.105	4.815	5.196	3.508	2.247	7.352	6.231	1.528	199.816
2001	41.132	30.681	26.594	15.854	17.018	8.282	8.382	4.890	6.043	4.527	4.969	3.290	2.112	6.877	5.548	1.448	187.649
2002	42.310	29.963	25.682	16.108	15.875	8.000	7.974	4.694	5.814	4.388	4.798	3.179	2.070	6.681	5.313	1.409	184.257
2003	39.787	29.699	26.284	16.278	15.778	7.980	8.095	4.683	6.042	4.385	4.776	3.168	2.082	6.658	5.893	1.455	183.042
2004	41.022	30.955	26.895	16.588	15.702	8.148	8.497	4.746	5.978	4.447	4.864	3.219	2.118	6.800	5.957	1.551	187.488
2005	43.010	32.412	28.334	17.924	16.528	8.405	8.911	4.902	6.303	4.571	5.092	3.366	2.257	7.158	6.056	1.550	196.779
2006	46.442	35.251	30.689	19.967	19.025	9.243	9.746	5.396	7.000	4.999	5.624	3.672	2.479	7.882	6.969	1.690	216.075
2007	50.928	38.999	33.979	21.904	21.293	10.155	10.799	5.908	7.732	5.502	6.173	4.027	2.718	8.838	7.313	1.845	238.114
2008	52.950	41.565	35.687	22.891	21.567	10.625	11.245	6.134	8.032	5.742	6.541	4.170	2.847	9.181	7.668	1.909	248.757
2009	49.209	39.337	31.934	21.554	19.439	10.019	10.474	5.706	7.436	5.406	6.139	3.894	2.644	8.602	6.678	1.815	230.286
2010	49.147	40.450	32.904	21.642	19.664	10.249	10.694	5.790	7.708	5.514	6.389	4.023	2.688	8.858	6.855	1.844	234.417
2011*	53.212	43.447	35.367	23.433	21.058	10.995	11.582	6.164	8.303	5.871	6.841	4.307	2.845	9.779	7.409	1.937	252.550

* vorläufig

Tabelle 4

Ausgleichsmesszahl (in Mio. Euro)

	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Insgesamt
1990	32.083	20.901	17.934	13.562	10.559		6.885		4.811				1.977		4.006	1.641	114.359
1991	34.522	22.618	19.418	14.607	11.394	2.920	7.437	1.761	5.162	1.600	1.583	1.179	2.114		4.319	1.758	132.392
1992	37.440	24.611	21.255	15.896	12.420	3.886	8.130	2.339	5.600	2.121	2.100	1.567	2.279		4.680	1.893	146.217
1993	38.386	25.355	21.896	16.375	12.796	4.535	8.383	2.734	5.751	2.484	2.493	1.814	2.332		4.839	1.926	152.098
1994	38.789	25.698	22.159	16.639	12.931	5.318	8.519	3.201	5.824	2.915	2.924	2.122	2.346		4.882	1.935	156.203
1995	37.476	24.895	21.454	16.167	12.509	9.532	8.259	5.723	5.648	5.216	5.267	3.801	2.260	9.642	4.721	1.863	174.433
1996	38.075	25.331	21.819	16.471	12.711	9.609	8.406	5.752	5.748	5.251	5.351	3.830	2.288	9.754	4.786	1.884	177.066
1997	37.885	25.210	21.743	16.415	12.639	9.489	8.394	5.669	5.740	5.182	5.340	3.787	2.268	9.613	4.739	1.860	175.974
1998	39.896	26.550	22.917	17.319	13.304	9.919	8.852	5.911	6.064	5.421	5.661	3.957	2.375	10.026	4.967	1.940	185.079
1999	41.982	28.034	24.196	18.272	14.014	10.368	9.332	6.153	6.398	5.667	5.979	4.141	2.486	10.468	5.227	2.026	194.742
2000	43.054	28.891	24.910	18.808	14.396	10.549	9.564	6.237	6.584	5.773	6.147	4.218	2.541	10.700	5.379	2.063	199.816
2001	40.421	27.294	23.490	17.690	13.529	9.804	8.993	5.769	6.202	5.369	5.754	3.920	2.377	10.032	5.074	1.931	187.649
2002	39.698	26.925	23.180	17.408	13.286	9.524	8.835	5.579	6.111	5.220	5.620	3.808	2.325	9.850	4.994	1.894	184.257
2003	39.441	26.822	23.121	17.324	13.203	9.386	8.786	5.477	6.085	5.141	5.556	3.749	2.304	9.786	4.976	1.886	183.042
2004	40.417	27.544	23.746	17.778	13.526	9.556	9.005	5.555	6.250	5.226	5.683	3.813	2.351	10.004	5.107	1.928	187.488
2005	42.038	28.996	24.979	18.635	14.182	9.971	9.450	5.804	6.585	5.459	6.000	4.028	2.450	10.657	5.463	2.083	196.779
2006	46.157	31.928	27.481	20.461	15.550	10.905	10.373	6.312	7.246	5.944	6.572	4.397	2.679	11.742	6.034	2.294	216.075
2007	50.844	35.296	30.342	22.549	17.138	11.953	11.431	6.884	8.003	6.495	7.220	4.811	2.935	12.979	6.709	2.527	238.114
2008	53.073	36.978	31.765	23.536	17.927	12.421	11.930	7.113	8.375	6.729	7.518	4.992	3.053	13.656	7.053	2.639	248.757
2009	49.080	34.279	29.481	21.793	16.621	11.458	11.023	6.519	7.763	6.191	6.941	4.589	2.813	12.707	6.584	2.444	230.286
2010	49.904	34.999	30.053	22.176	16.953	11.612	11.202	6.581	7.916	6.266	7.052	4.649	2.851	13.000	6.715	2.489	234.417
2011*	53.701	37.814	32.421	23.863	18.290	12.460	12.041	7.021	8.537	6.705	7.567	4.980	3.055	14.135	7.279	2.681	252.550

* vorläufig

Tabelle 5

Ausgleichszuweisungen (in Mio. Euro)

	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB
1990				985			250		308				187			327
1991				898			301	10	308	21		8	195			301
1992		28		661		24	338	12	206				219			262
1993	16			510			398		95	32		10	215		58	325
1994	80			490			336	27	37	48		19	222		31	291
1995				231		907	117	574		521	442	394	92	2.159		287
1996				283		1.005	118	635	8	576	529	438	120	2.217		325
1997				344		981	151	601		574	504	431	104	2.266		179
1998				403		1.020	219	617		595	534	448	117	2.501		466
1999				532		1.122	195	672	89	612	587	464	153	2.725		340
2000				568		1.182	392	711	185	670	644	500	167	2.812		442
2001				952		1.031	229	591	60	573	498	434	146	2.653		402
2002				487		1.047	419	607	112	571	541	439	139	2.677		407
2003				392		936	259	520	16	500	502	393	107	2.639		346
2004				446		930	190	532	102	517	534	403	116	2.703		331
2005				363		1.020	294	587	146	581	588	433	113	2.456		366
2006				240		1.078	346	590	124	617	611	475	115	2.709		417
2007				318		1.165	343	627	136	644	675	513	125	2.900		471
2008	54			317		1.158	374	627	177	637	621	538	116	3.140		505
2009				110		910	293	514	169	497	501	450	93	2.877		433
2010	354			259		854	267	497	101	472	401	399	89	2.900		445
2011*	224			204		918	234	540	115	527	440	429	120	3.043		516

* vorläufig

Tabelle 6

Ausgleichbeiträge (in Mio. Euro)

	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB
1990	-32	-18	-1.264		-739										-4	
1991	-4	-2	-1.282		-682	-39									-34	
1992	-2		-770		-942					-9	-23	-4				
1993		-6	-518		-1.094	-26					-16					
1994		-342	-210		-934	-75					-19					
1995	-1.763	-1.295	-1.433		-1.101				-72						-60	
1996	-1.598	-1.463	-1.289		-1.657										-246	
1997	-1.564	-1.586	-1.232		-1.610				-3						-140	
1998	-1.583	-1.486	-1.778		-1.758										-314	
1999	-1.318	-1.635	-1.760		-2.433										-345	
2000	-1.141	-1.884	-1.957		-2.734										-556	
2001	-278	-2.277	-2.115		-2.629										-268	
2002	-1.628	-2.047	-1.663		-1.910										-197	
2003	-50	-1.859	-2.169		-1.876										-656	
2004	-213	-2.315	-2.170		-1.529										-578	
2005	-490	-2.234	-2.235		-1.606										-383	
2006	-132	-2.093	-2.057		-2.418										-623	
2007	-38	-2.311	-2.316		-2.885										-368	
2008		-2.923	-2.499		-2.470										-371	
2009	-59	-3.354	-1.488		-1.902										-45	
2010		-3.511	-1.709		-1.752										-66	
2011*		-3.663	-1.779		-1.804										-62	

* vorläufig

Tabelle 7

Leistungsschwache Länder

1990	NW	NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
1991		NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
1992	NW	NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
1993	NW	NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
1994		NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
1995		NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
1996		NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
1997		NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
1998		NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
1999		NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
2000		NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
2001		NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
2002		NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
2003		NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
2004		NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
2005		NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
2006		NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
2007		NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
2008		NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
2009		NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
2010	NW	NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB
2011*		NI	RP	SH	TH	BB	MV	SL	HB

*vorläufig

Tabelle 8

Bundesergänzungszuweisungen nach § 11 Absatz 2 FAG (in Mio. Euro)

	NW	NI	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HB	Insgesamt
1990	1	664		277		237				97		80	1.357
1991		797		336		283				117		96	1.629
1992		754		358		267				110		91	1.581
1993		828		422		292				119		99	1.760
1994		901		461		238				129		100	1.829
1995		347	429	175	258		235	237	171	102	434	62	2.449
1996		424	433	177	259	12	236	241	172	103	439	61	2.557
1997		515	427	227	255		233	240	170	102	433	66	2.669
1998		604	446	329	266		244	255	178	107	451	73	2.953
1999		798	466	292	277	133	255	269	186	112	471	71	3.331
2000		841	475	430	281	264	260	277	190	114	481	84	3.696
2001		796	441	344	260	89	242	259	176	107	451	73	3.239
2002		731	429	398	251	167	235	253	171	105	443	70	3.253
2003		589	422	389	246	24	231	250	169	104	440	77	2.941
2004		669	430	286	250	153	235	256	172	106	450	42	3.049
2005		197	385	153	222	79	217	224	161	53	768	121	2.579
2006		118	410	177	228	67	232	236	177	55	847	136	2.682
2007		166	445	180	243	73	245	260	191	60	911	153	2.927
2008		163	447	194	245	96	245	247	200	58	982	164	3.041
2009		16	366	156	207	92	199	206	171	48	902	142	2.506
2010	119	127	350	144	202	51	192	176	157	46	912	146	2.624
2011*		83	376	127	219	59	212	192	169	59	963	167	2.626

*vorläufig

